

INHALT

1. Einstimmenmehrheit von SPD, Grünen und SSW drückt Schulgesetz durch
2. Aktuelle Stunde zu Konsequenzen aus dem Fall „Prokon“
3. Aktuelle Stunde zur EEG-Reform
4. Debatte über doppelte Staatsbürgerschaft
5. CDU-Besuch auf der Grünen Woche
6. Das Saarland funkt digital, Schleswig-Holstein kriegt es nicht hin
7. Landesregierung legt Polizeibericht vor

22.01.2014

**Einstimmenmehrheit von SPD, Grünen und SSW drückt Schulgesetz durch
Regierungsfraktionen lehnen Anhörung zu kurzfristigen Änderungen am Gesetz ab**



Johannes Callsen, MdL

Die Regierungsfraktionen haben in der heutigen Landtagssitzung ihr Schulgesetz beschlossen. Mit Spannung erwartet worden war das Abstimmungsverhalten der Piratenfraktion, die in der Bildungspolitik bislang eher an der Seite von SPD, Grünen und SSW standen. Deren Redner Sven Krumbeck zeigte sich heute massiv enttäuscht und sprach davon, dass die „Einstimmenmehrheit das Gesetz durchprügelt“. Im Vorfeld der Schlussberatung hatten sich nahezu alle Fachverbände kritisch geäußert.

Das hinderte Vertreter der Regierungsfraktionen nicht daran, sich für den im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geführten „Bildungsdialog“ selbst zu loben. SPD- Fraktionschef Stegner wiederholte sogar die Behauptung, dass es „so viel Konsens“ bei einem Schulgesetz

noch nie gegeben habe.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen wies diese Darstellung in seiner Rede zurück: „Dieses Schulgesetz ist das Ergebnis eines monatelangen Pseudo-Dialoges, dessen ideologische Pflöcke SPD, Grüne und SSW bereits mit dem Koalitionsvertrag und mit dem Vorschaltgesetz fest in die Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins eingeschlagen haben“, erklärte er.

Anstatt auf Leistungsorientierung setzten SPD, Grüne und SSW auf Gleichmacherei. Schon die Abschaffung des Bildungs- und Erziehungsauftrages sorgte bei Bildungsfachleuten für Kopfschütteln.

Mit der weitgehenden Abschaffung der Versetzungsmöglichkeit vom Gymnasium an die Gemeinschaftsschule und umgekehrt werde der Durchlässigkeit im Bildungssystem ein ideologischer Riegel vorgeschoben. „Dass dieser elementare Punkt erst in letzter Minute eingebracht wurde, ist besonders perfide“, so Callsen.

In Verbindung mit dem Wegfall der Schulartempfehlung befürchtet die CDU durch diese Änderung eine besondere Benachteiligung der Gymnasien. „Damit werden die Gymnasien verpflichtet, auch die schwachen Schüler bis zum Abitur zu führen, und das ein Jahr schneller als an den Gemeinschaftsschulen und mit weniger Lehrern. Damit machen Sie die Gymnasien kaputt und den betroffenen Schülern tun Sie auch keinen Gefallen“, erläuterte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen.

Die CDU-Fraktion beantragte eine dritte Lesung des Gesetzes, damit zu diesem wichtigen Punkt noch eine Anhörung hätte durchgeführt werden können. SPD, Grüne und SSW lehnten dies ab.

Franzen betonte, dass der von Bildungsministerin Wende eingeräumte Lehrermangel mit dem neuen Gesetz deutlich verschärft werde. Unter Berücksichtigung der von der Lehrgewerkschaft GEW berechneten Lücke für die Inklusion werden am Ende der Reform rechnerisch 2700 Lehrerstellen fehlen.

Die CDU-Abgeordnete bemängelte auch, dass SPD, Grüne und SSW entgegen der einhelligen Empfehlung von Kinderärzten, Schulpsychologen und Elternvertretern in der Anhörung am festen Einschulalter von sechs Jahren festhalten. „Das ist wirklich zum Schaden der Kinder“, so Franzen.

Wichtigste Änderungen im neuen Schulgesetz:

Schulstrukturen:

Nach der Grundschule gibt es künftig nur noch die Wahl zwischen dem Gymnasium und der Gemeinschaftsschule. 36 der derzeit noch landesweit 47 Regionalschulen werden nach Angaben des Bildungsministeriums zum neuen Schuljahr in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Elf Schulen werden geschlossen.

Schulabschlüsse:

Künftig gibt es den Hauptschulabschluss und die Mittlere Reife (Realschulabschluss) nicht mehr. Nach neun Jahren sollen die Schüler an der Gemeinschaftsschule den „ersten allgemeinen Bildungsabschluss“ erreichen, nach zehn Jahren den „Mittleren Abschluss“ und nach 13 Jahren das Abitur. Auf dem Gymnasium wird das Abitur in der Regel nach zwölf Jahren erreicht, bestehende G-9 Gymnasien laufen weiter.

Schulwahl:

Künftig gibt es nach der Grundschule keine verbindliche Schulartempfehlung mehr. Welche weiterführende Schule das Kind besucht, entscheiden allein die Eltern. Für diese ist nur noch ein „Beratungsgespräch“ vorgesehen.

Schrägversetzungen:

Die Versetzung in Klasse sieben soll an Gymnasien künftig die Regel werden. Schwächere Schüler sollen durch die Gymnasien so gefördert werden, dass eine Versetzung auf die Gemeinschaftsschule die Ausnahme bleibt. Eine Versetzung von der Gemeinschaftsschule auf ein Gymnasium ist ebenfalls nur in begründeten Ausnahmefällen vorgesehen.

Abschlussbezogene Klassenverbände:

Diese wird es an Gemeinschaftsschulen künftig nicht mehr geben. Ab Jahrgangsstufe sieben sind Lerngruppen in einzelnen Fächern - etwa Mathematik, Deutsch oder Englisch - möglich. Einzige Ausnahme: Langsamer lernende Schüler können den Stoff der letzten beiden Schuljahre für die Berufsbildungsreife in drei Jahren im Klassenverband («Flexi-Klassen») machen.

Link zum Schulgesetz:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1451.pdf>

Aktuelle Stunde zu Konsequenzen aus dem Fall „Prokon“ CDU fordert von der Landesregierung ein klares Signal des Zutrauens in die Region



Hans-Jörn Arp, MdL

Die drohende Insolvenz des Steinburger Unternehmens „Prokon“ hat auf Antrag der Piraten in der heutigen (22. Januar 2014) Landtagssitzung die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages in einer „Aktuellen Stunde“ beschäftigt. Pirat Patrick Breyer begann seine Rede mit den Worten: "Wir Piraten lehnen es strikt ab, dass die Politik mit Steuergeldern oder Garantien auf Kosten der Allgemeinheit einzelne Unternehmen zu 'retten' versucht."

In der Debatte wurde deutlich, dass dies von der Landesregierung nicht geplant ist und auch von keiner anderen Fraktion gefordert wird.

Der Steinburger CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp warf vor diesem Hintergrund den Piraten vor, einen unnötigen Antrag gestellt zu haben. „Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, für Fehler von Unternehmern gerade zu stehen, und das will hier auch

keiner“, so Arp. Er forderte allerdings auch Prokon selbst auf seinen Beitrag zu leisten, damit das Unternehmen nicht kaputt geredet werde.

„Auch am Grauen Markt muss mehr Transparenz herrschen. Da ist das Unternehmen selbst in der Pflicht, um das Vertrauen der Anleger zurück zu gewinnen“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

Von der Landesregierung forderte Arp ein klares Signal an die Westküste. Albig und Meyer müssten mehr tun, als sich wie im Fall Prinovis ausschließlich um Sozialpläne für die ehemaligen Mitarbeiter zu kümmern. Nötig sei ein Signal des Zutrauens der Landesregierung in die Region.

„Die bisherigen Entscheidungen der Landesregierung koppeln die Westküste vom Rest der Republik ab – der A20-Ausbau blockiert, der B-5 Ausbau wird nicht voran getrieben und kein zusätzlicher Halt in Glücksstadt“, so Arp. Auf diese Weise würden Investoren vergrault, nicht einmal Betriebserweiterungen würden an der Westküste mehr vorgenommen.

Der zweite Steinburger Abgeordnete Heiner Rickers betonte: „Wir sollten aufhören das Unternehmen schlechtzureden, sondern anfangen es zu unterstützen. Mein Vorschlag an die Landesregierung wäre jetzt, den Fokus auf die Aufklärung der betroffenen Anleger zu richten um weiteren Schaden von ihnen abzuwenden.“

Am späten Nachmittag wurde gemeldet, dass Prokon Insolvenz angemeldet habe.

Aktuelle Stunde zur EEG-Reform

CDU: Landesregierung muss ihre Hausaufgaben machen

Auf Antrag der Regierungsfractionen debattierten die Landtagsfractionen heute (22. Januar 2014) über die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Am vergangenen Wochenende waren Inhalte eines Eckpunktepapiers bekannt geworden, das auf der Tagesordnung der heute begonnenen Klausurtagung des Bundeskabinetts steht. Im Landtag bestand Einigkeit darin, dass die Windkraft in Schleswig-Holstein durch eine EEG-Reform keinesfalls ausgebremst werden dürfe.

Ministerpräsident Albig hatte zuvor die EEG-Pläne des Bundesministers öffentlich scharf kritisiert. In der Landtagsdebatte forderte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen die Landesregierung auf, auch ihre eigenen Hausaufgaben zu machen.

„Es reicht nicht, mal wieder mit dem Finger nur nach Berlin zu zeigen. Das Land hat eine eigene Verantwortung, wenn es um die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende geht. Denn nur, wenn der bei uns kostengünstig produzierte Windstrom auch abtransportiert werden kann, lohnt sich die Förderung. Hier hat die Landesregierung bislang zu wenig erreicht“, kritisierte Callsen.

Er verwies auf die unnötig langen Bearbeitungszeiten von Genehmigungsverfahren im Land und auf die zögerliche Haltung der SPD beim Netzausbau.

Callsen machte aber auch deutlich, dass die CDU-Fraktion über die Eckpunkten hinaus bei der EEG-Reform noch Nachbesserungen erwarte. Dies gelte sowohl für die Vergütungshöhen als auch für den Zubau-Deckel für Windenergie an Land und den Ersatz der festen Einspeisevergütung durch Ausschreibungen ab 2017. Auch bei der Frage der Bürgerbeteiligung oder dem Ausbau von Bürgerwindparks müsse der Bundeswirtschaftsminister nacharbeiten.

Debatte über doppelte Staatsbürgerschaft

CDU: Optionspflicht nicht für Populismus missbrauchen

Auf Antrag der Piraten-Fraktion stand in der heutigen (22. Januar 2014) Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtages das Thema Optionszwang auf der Tagesordnung. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde eine Änderung der Optionspflicht beschlossen, so dass zukünftig auch doppelte Staatsbürgerschaften möglich sein sollen. Die Piraten wollen bereits vor einer Änderung des Bundesrechts erreichen, dass junge Menschen sich für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen.

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, warnte davor, das Thema Optionspflicht für Populismus zu missbrauchen. Der Antrag der Piraten habe sich inhaltlich bereits erledigt. Denn im Vorfeld hatte der Innenminister im Innen- und Rechtsausschuss bereits angekündigt, die rechtlich bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Mehr könne niemand ernsthaft fordern. Stattdessen müsse pragmatisch mit dem Thema umgegangen werden.

„Ein Koalitionsvertrag ist eine Absichtserklärung und kein Gesetz. Bis zu einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts gilt daher die bestehende Regelung unverändert fort. Die zuständigen Behörden müssen sich selbstverständlich an geltendes Recht halten“, stellte die CDU-Abgeordnete klar.

Damerow betonte, dass der Koalitionsvertrag nichts an der Einstellung der CDU ändere, die ein klares Bekenntnis zur deutschen Staatsbürgerschaft vorziehe.

„Die laut Koalitionsvertrag vorgesehenen Änderungen werden wir abwarten und uns damit auseinandersetzen, wenn ein Gesetzentwurf vorliegt“, so Damerow.



Astrid Damerow, MdB

CDU-Besuch auf der Grünen Woche

Unsicherheit bei Ausstellern über mangelnde Finanzierung und teure Umgestaltungspläne

Alle Jahre wieder beginnt das neue Jahr in Berlin mit einem Highlight: der Grünen Woche, auf der auch Unternehmen aus Schleswig-Holstein ihre Produkte einem internationalen Publikum anbieten. In den Terminkalendern der schleswig-holsteinischen Christdemokraten ist die Messewoche fest verankert. Am vergangenen Sonntag besuchten Landeschef Reimer Böge und Fraktionschef Johannes Callsen gemeinsam mit den Abgeordneten Ingo Gädechens und Heiner

Rickers die Aussteller in der Schleswig-Holstein-Halle.

Auf ihrem Rundgang am Sonntag (19. Januar 2013) bekamen die Abgeordneten die Unsicherheit vieler Aussteller zu spüren. Grund: die unzureichende Finanzierung durch das Landesregierung und die aktuellen Umgestaltungspläne des Landwirtschaftsministers für das kommende Jahr. Nach den Plänen von Minister Habeck soll die umstrittene Dachmarke „Der echte Norden“ bereits im kommenden Jahr Einzug in die Halle finden und diese entsprechend umgestaltet werden. Gleichzeitig war in der vergangenen Woche bekannt geworden, dass es seit Jahren ein größer werdendes Finanzierungsloch gebe, das nach Informationen des Bauernverbandes nicht mehr über eine Erhöhung der Standmieten aufgefangen werden könne.

„Die Schleswig-Holstein-Halle ist das Aushängeschild unseres Landes auf der Grünen Woche. Die Aussteller sind zu Recht verunsichert. Statt eine anmaßende Dachmarke durchzuboxen und das bewährte Hallenkonzept unnötigerweise auf den Kopf zu stellen, sollte die Landesregierung besser dafür sorgen, dass die Finanzierung der Schleswig-Holstein-Halle langfristig gesichert ist!“, sagte Fraktionschef Callsen am Rande des Rundgangs.

Weiteres Kopfschütteln löste auch das Verhalten der Landesregierung auf der Grünen Woche aus: Während Landwirtschaftsminister Robert Habeck noch vor seinem Besuch auf der Grünen Woche am gleichen Tage gegen Massentierhaltung in der Landwirtschaft demonstrierte, blieb Ministerpräsident Torsten Albig der Messehalle gänzlich fern. „Das zeigt die geringe Wertschätzung der rot-grün-blauen Landesregierung gegenüber den Nahrungsmittelproduzenten in unserem Land“ kritisierte Callsen.



Die CDU-Politiker bei einem der vielen Informationsgespräche

Das Saarland funkt digital, Schleswig-Holstein kriegt es nicht hin CDU-Fraktion warnt vor Desaster beim Digitalfunk

Auf Antrag der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag stellte der Innenminister heute einen Bericht zur Situation und weiteren Entwicklung des Digitalfunks der Polizei vor (Link siehe unten).

Die Probleme bei der Einführung hatten schon im Vorfeld für Medienberichterstattung gesorgt. Der ursprünglich zur Fußball Weltmeisterschaft 2006 geplante Start wurde immer wieder verschoben. Derzeit läuft das System im Probetrieb.

Bereits im November hatte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, Innenminister Breitner vorgeworfen, das

Problem bislang heruntergespielt zu haben. „In seinen bisherigen Berichten hörte sich das immer nach beherrschbaren Kinderkrankheiten an“, erklärte sie damals gegenüber den Kieler Nachrichten.

Der nun vorliegende Bericht des Innenministers offenbart massive Probleme. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, warnte in ihrem heutigen Debattenbeitrag vor einem Desaster.

„Einen Polizisten oder Feuerwehrmann kann der Abbruch des Digitalfunks in Lebensgefahr bringen. Eine weitere zeitliche Verzögerung des Digitalfunks kann darüber hinaus zum echten Sicherheitsrisiko werden, weil für das gegenwärtig noch verwendete Analogfunksystem keine Ersatzteile mehr produziert werden“, so Nicolaisen.

Der von Innenminister Breitner angesprochene „Optimierungsbedarf werde bislang mit Kosten in Höhe von etwa 16,6 Millionen Euro beziffert. Offenkundig sei in Schleswig-Holstein erst im Laufe der Zeit erkannt worden, welche Anforderungen an einen leistungsfähigen Digitalfunk zu stellen sind.

Nicolaisen forderte den Innenminister vor diesem Hintergrund auf, endlich die Fäden in die Hand zu nehmen und für eine vernünftige Projektsteuerung zu sorgen. Die Innenpolitikerin äußerte ihr Unverständnis darüber, dass im Saarland der Digitalfunk im "Wirkbetrieb in der Aufbauphase" funktioniert, in Schleswig-Holstein jedoch nicht.

„Zwischen den Übertragungstechniken der beiden Bundesländer liegen Welten. Die Leistungsfähigkeiten der Techniken liegen so weit auseinander wie ICE und Dampflokomotive“, so Nicolaisen.

Link zum Bericht des Innenministers:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1433.pdf>



Die CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen, MdB

Landesregierung legt Polizeibericht vor CDU kritisiert zu viele offene Fragen und fordert ein tragfähiges Konzept

In der heutigen (22. Januar 2014) Plenardebatte drehte es sich um die Situation der Polizei in Schleswig-Holstein. Zu dieser Thematik hatte die Landesregierung auf Antrag der Regierungsfractionen einen Bericht vorgelegt, der die Grundlage für die heutige Landtagsdebatte bot.

Die Belastungsgrenze sei in vielen Teilen des Landes überschritten, darauf wies die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, in ihrem Redebeitrag hin. Sie warf der Landesregierung vor, die tatsächliche Belastungssituation durch „kreative Berechnungsmethoden bei der Überstundenstatistik herunterzuspielen“. So weise insbesondere der operative Dienst der Polizei vielfach das Dreifache und mehr an Überstunden auf. Damerow kritisierte die Ausführungen des Innenministers im Bericht, dass ein personeller Zuwachs keine Auswirkungen auf die Mehrarbeitsbelastung habe. Die Aussage sei „politisch abenteuerlich und ein Schlag ins Gesicht der Polizeibeschäftigten“, führte Damerow aus.

„Der Bericht des Innenministers zur Attraktivität der Landespolizei lässt keinerlei Gestaltungswillen erkennen. Er enthält keine Antworten. Er wirft nur weitere Fragen auf und er enthält Schlussfolgerungen, die sich mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehen lassen und offenbart eine geringe Wertschätzung der Polizeiarbeit durch diese Landesregierung“, kritisierte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow.

In ihrer Rede rief Damerow noch einmal das Besoldungsdiktat der Landesregierung in Erinnerung, die eine zeit- und wirkungsnaher Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst lange Zeit vehement verweigert hatte.

„Wenn wir uns den Personalbedarf der nächsten Jahre anschauen, dann müssen wir sicherstellen, dass die Polizei für qualifizierte Kräfte attraktiv bleibt. Hierzu gehört vor allem Verlässlichkeit. Sowohl bei den Aufstiegschancen, als auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie bei der Frage der Besoldung. Bisher hat diese Landesregierung aber alles getan, um die Attraktivität zu senken,“ so Damerow.

Mit den offenen Fragen wird sich nun der Innen- und Rechtsausschuss befassen.

Der Antrag von SPD, GRÜNE und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1148.pdf>

Der Änderungsantrag FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1192.pdf>

Der Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1432.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de